

die Politik der Arbeiter-und-Bauern-Macht aufzuhetzen<sup>199</sup>..." Daß das Gericht den Angeklagten auch noch den „Entschluß“ vorwarf, eine über den Havel-Oder-Kanal führende Eisenbahnbrücke in die Luft zu sprengen, zeugt für die Unlogik seines Urteils — denn welche Widerstandsgruppe würde, wenn sie tatsächlich einen solchen „Diversionsakt“ plant, so töricht sein, sich vorher durch eine offene Unterschriftensammlung zu einem Protestbrief zu exponieren?

Eine politische Demonstration besonderer Art ereignete sich am 10. August 1961 in dem Ost-Berliner Kabelwerk Oberspree, als *Walter Ulbricht* in einer Rede vor der Belegschaft auch das Problem freier Wahlen in Deutschland berührte: „Manche Leute möchten Patentlösungen vor schlagen. Eine Angestellte hier im Werk hat kürzlich gesagt, man solle doch in ganz Deutschland freie Wahlen machen, dann würden wir uns schon entscheiden, wohin wir wollen . . . An dieser Stelle seiner Rede wurde der Erste Sekretär des ZK der SED laut „Neues Deutschland“ unterbrochen: „Beifall eines einzelnen, der den Zuruf macht: Und wenn ich auch der einzige bin: Frei wählen!“ Darauf wieder *Ulbricht*: „Moment, warten Sie! Die Sache wollen wir doch mal klären.“ Zuruf des selben Arbeiters: „Dann werden wir sehen, was der richtige Weg ist!“ *Ulbrichts* Erwiderung: „Was wollen Sie denn frei wählen?“<sup>200</sup> . . .“ Was „Neues Deutschland“ nicht veröffentlichte, war ein weiterer Zwischenruf des Arbeiters — er hieß *Kurt Wismach* und flüchtete kurz darauf nach West-Berlin —: „Weißt du überhaupt, wie das Volk denkt?“<sup>201</sup> . . .“

Die Sperrmaßnahmen und Zwangsaktionen vom 13. August 1961 und der Folgezeit vermehrten zwangsläufig die permanenten Spannungen zwischen der mitteldeutschen Arbeiterschaft und dem kommunistischen Regime. Mauer und Stacheldraht quer durch das geteilte Berlin lieferten monströse Beweise für die inneren Konflikte und die Unsicherheit des Regimes. Wenn es dennoch in dieser kritischen Situation nicht zu spontanen Widerstandsaktionen der Arbeiterschaft kam, so ist das auf die Sicherheitsvorkehrungen zurückzuführen, die die SED in Erinnerung an den 17. Juni 1953 durch Bereitstellung militärischer Verbände und Einheiten der „Bereitschaftspolizei“ sowie der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ (deren Aufbau als halb-

199 „Gerechte Strafe für Verbrecher“, in „Märkische Volksstimme“ vom 26. Januar 1962.

200 *Walter Ulbricht* „Es ist allerhöchste Zeit für den Friedensvertrag“, in „Neues Deutschland“ vom 11. August 1961.

201 Zitiert nach „Chronik der Sowjetzone“, in „SBZ-Archiv“ Nr. 17/1961, S. 274.